



Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0074/2019

Vorlage: ST/0098/2019		Datum: 23.08.2019	
Verfasser:	Dezernat 2	Az.:	
Betreff:			
Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen LINKE und Grüne: Seebrücke - schafft sichere Häfen			
Gremienweg:			
29.08.2019	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig
		<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	geändert
		<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen
		<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich

Stellungnahme:

Koblenz als attraktives Oberzentrum zieht geflüchtete Menschen an. Durch die freie Wohnsitzwahl in Rheinland-Pfalz ist Koblenz damit deutlich stärker als viele andere Kommunen von der Wohnsitznahme geflüchteter Menschen betroffen.

Das zeigt sich sehr deutlich an einer Zahl des Jobcenters (JC) Stadt Koblenz. Der zu betreuende Anteil von geflüchteten Menschen liegt im JC Koblenz bei 26 %. Bundesweit haben die JC im Durchschnitt 10% geflüchtete Menschen zu betreuen.

Die vom Land zugewiesenen geflüchteten Menschen werden aktuell in drei Sammelunterkünften (Rheinkaserne, Niederberger Höhe und Rauental) untergebracht. Die Rheinkaserne wird durch die BImA über den 31.12.2019 nicht mehr zur Verfügung gestellt. Deshalb erfolgt aktuell die Aufstockung der Niederberger Höhe (Container). Damit hat die mögliche Aufnahme in unseren Flüchtlingsunterkünften faktisch ihre Kapazitätsgrenzen erreicht. Aufgrund der insgesamt angespannten Wohnsituation in Koblenz können keine neuen Unterkünfte akquiriert werden.

Nach Auffassung der Verwaltung handelt es sich bei dem Antrag überwiegend um allgemeinpolitische Angelegenheiten, denen der erforderliche spezifische Ortsbezug zu Koblenz fehlt. Der Stadtrat hat hierfür keine Befassungs- und Entscheidungskompetenz.

Beschlussempfehlung:

Aufgrund dieser Fakten empfiehlt die Verwaltung von der Beteiligung der Stadt Koblenz an der Seebrücke abzusehen.